



Rede

***Friedensinitiativen statt Kriegspolitik –
gegen die Rückkehr des Krieges in die Politik***

auf dem

Ostermarsch Rhein-Main

am 1. April 2013 in Frankfurt

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

„Unser Marsch ist eine gute Sache, weil er für eine gute Sache steht.“
Mit diesem Lied auf den Lippen gehen seit über 50 Jahren friedensbewegte
Menschen an Ostern auf die Straße. Hier in Frankfurt und überall in Deutschland.

Wir lassen uns nicht abhalten. Weder von Wind und Wetter. Noch davon, ob
„Frieden“ gerade Konjunktur hat. Oder nur ein paar hundert Friedensfreunde die
blaue Fahne mit der Friedenstaube von Picasso hochhalten.
Gegen eine scheinbar übermächtige Mehrheit.
Unser „Marsch der Minderheit“ ist tatsächlich aber ein Marsch für die (schweigende)
Mehrheit.

Das gilt für die Ziele, für die wir hier und heute auf der Abschlusskundgebung des
Ostermarsches 2013 noch einmal deutlich Flagge zeigen. Das gilt für Frieden und
Abrüstung in der ganzen Welt, für die Entmilitarisierung in den Köpfen, in unserer
Gesellschaft und in der Politik.

Wir sagen **NEIN** zu Krieg, Atomrüstung und innerer Militarisierung. - Wir sagen **JA**
zur zivilen Lösung der Zukunftsprobleme.

Ich freue mich, hier mit Euch zu sein und zu Euch sprechen zu können!

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
Kolleginnen und Kollegen,

über 50 Jahre sind seit dem ersten Ostermarsch in Deutschland vergangen. "Kampf
dem Atomtod" war damals das Motto. In der dritten Generation danach hat dieses
Motto nichts, aber auch gar nichts an Berechtigung verloren.

In Deutschland und um Deutschland herum lagern immer noch Atomsprengköpfe.
Die Zahl der Atommächte ist gestiegen, und sie steigt weiter.

Ich hätte da einen Vorschlag, liebe Freundinnen und Freunde: Die Atommächte vernichten alle Atomwaffen, und das Problem ist gelöst. Denn was es nicht gibt, kann auch nicht in falsche Hände geraten.

Aber, was sage ich? Sind Atomwaffen irgendwo in richtigen Händen? Ich sage Nein! Atomwaffen sind überall in falschen Händen. Sie waren in Hiroshima und Nagasaki in falschen Händen. Sie waren bei den Atomwaffenversuchen auf Nowaja-Semlja, in der US-amerikanischen Wüste oder auf dem Mururoa-Atoll in falschen Händen.

Atomwaffen sind überall in falschen Händen, auch in Israel. Und sie wären bei den iranischen Machthabern oder in Nordkorea ebenfalls in falschen Händen.

Wir dürfen uns die Anmaßung der US-amerikanischen Politik nicht zu eigen machen, die Welt in falsch und richtig, in gut und böse einzuteilen. Nicht in ideologischer, religiöser, wirtschaftlicher und auch nicht in militärischer Hinsicht.

Es gibt keine guten Kriege. Es gibt keine guten Waffen. Denn es gibt auch keine guten Toten!

Wer die Welt und die Menschen in gut und böse einteilt oder sonst wie spaltet, der verursacht genau das, was er erst beklagt und womit er dann bewaffnete Einsätze rechtfertigt: Der verursacht und schürt den Hass, der zu Kriegen führt.

Die Kriege und bewaffneten Konflikte auf unserem Erdball sind in den vergangenen Jahren nicht weniger, sie sind mehr geworden.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es nicht mehr so viele Kriege auf der Welt. Auch deutsche Soldaten sind daran beteiligt. Allein 4600 in Afghanistan, fast 7000 weltweit. Bei einer durchschnittlichen Einsatzdauer von drei Monaten ist davon auszugehen, dass mittlerweile ein Großteil der Soldaten Kriegserfahrung hat. Und dass eine unbekannte Zahl von hoch traumatisierten ehemaligen Soldaten unter uns lebt, die ihren Einsatz nicht mit dem Leben, aber mit ihrer psychischen Gesundheit bezahlen mussten. Das kann doch nicht wahr sein! Das muss endlich aufhören!

Wir erinnern uns an das „Nie Wieder“ und an die Bewegung gegen die sogenannte Wiederbewaffnung. Damals (1949) wünschte selbst ein gewisser Franz-Josef Strauß jedem, der noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, „dem soll die Hand abfallen.“

Franz-Josef Strauß hat seine Meinung noch zu Lebzeiten geändert.

Wir halten daran fest:

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Auch heute lehnen breite Mehrheiten in der Bevölkerung den Einsatz der Bundeswehr im Ausland ab. Trotzdem findet sich seit über 20 Jahren genau dafür immer wieder eine Mehrheit in Regierung und Parlament.

Als in den 1960er Jahren die große Koalition die Notstandsgesetze gegen eine breite Bewegung durchsetzte, ging es noch um den Einsatz der Bundeswehr im Innern: Gegen streikende Stahlarbeiter, gegen protestierende Studenten. Die Notstandsgesetze wurden beschlossen. Der Widerstand war nicht stark genug. Er musste nicht mit Hilfe der Bundeswehr gebrochen werden. Die Älteren unter Euch erinnern sich: Auch große Teile des DGB gaben den Widerstand auf und machten ihren Frieden mit den Gesetzesänderungen.

Damals war die Bundeswehr noch – wie es das Grundgesetz verlangte – eine Wehrpflichtigenarmee, die allein der Landesverteidigung diente. Sie sollte nach den Erfahrungen der Diktatur und der ersten deutschen Demokratie kein „Staat im Staat“ mehr sein.

Das Leitbild des „Bürgers in Uniform“ wurde propagiert – mehr Demokratie wagen auch in der Armee. Es galt die allgemeine Auffassung, dass es der Beruf des Soldaten sei, den Krieg zu verhindern.

Was ist daraus geworden?

Mit der Umwandlung in eine Freiwilligenarmee ist die Funktion der Bundeswehr eine völlig andere geworden. Die Bundeswehr wird – im Widerspruch zum Grundgesetz - - zu einer international einsetzbaren Interventionsarmee umgerüstet.

Die Kette der Kriege von NATO-Staaten wird immer länger: Jugoslawien, Irak, Libyen und zuletzt Mali. Auch Syrien ist dazu zu rechnen, die Patriot-Raketen in der Türkei sind ein unheilvoller Schritt.

Und der Krieg hält zunehmend Einzug in unser Land. Unsere Gesellschaft wird immer stärker militarisiert. Je mehr Hartz-IV-Empfänger wir haben, desto stärker wird die Militärpropaganda im Innern – sowohl zur Nachwuchsgewinnung, als auch um die Bevölkerung an den „Normalzustand“ zu gewöhnen und auf neue Kriege einzustimmen.

Die Bundeswehr drängt sich in immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft. Auch an Hochschulen und Schulen. Die Bundeswehr ist nicht mehr die „Schule der Nation“. Aber sie macht Schule!

Im Rahmen des Unterrichts konnten die Jugendoffiziere nach offiziellen Angaben der Bundesregierung fast 144.000 Jugendliche erreichen – 10.000 mehr als im Vorjahr. Die verstärkten Anstrengungen in der psychologischen Kriegsführung und -vorbereitung – etwas anderes ist die Militärpropaganda an Schulen aus meiner Sicht nicht – werden ergänzt durch den Einsatz sogenannter „Karriereberater“ der Bundeswehr. Sie sollen das Militär als attraktiven Arbeitgeber präsentieren. Sie haben im vergangenen Jahr ganze Arbeit geleistet: Über eine Viertelmillion Jugendlicher und über 100.000 Lehrkräfte sowie andere Multiplikatoren wurden erreicht.

Das geschieht auf Basis von Kooperationsabkommen mit Landesregierungen, in denen der Bundeswehr weit reichende Möglichkeiten im Bereich der politischen Bildung, des Politikunterrichts sowie der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und Referendare eingeräumt wird.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund wendet sich entschieden gegen diesen zunehmenden Einfluss der Bundeswehr und ruft – gemeinsam mit Schülervvertretungen – zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf: „Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und –soldaten.“

Ich unterstütze diesen Protest und freue mich, dass so auch wieder viele junge Leute in Aktion kommen und Teil unserer Bewegung werden!

Liebe Freundinnen und Freunde,
zugenommen hat einmal mehr auch der Waffenhandel. Und auch damit muss Schluss sein!

Für Kriege und bewaffnete Konflikte gibt es viele Ursachen. Aber eins steht fest: Kriege brechen nicht aus wie ein Vulkan. Sie werden gemacht.

Um diese Kriege führen zu können, brauchen die Konflikt- und Kriegsparteien Waffen. Und die sind reichlich vorhanden. Über 1,7 Billionen Dollar haben nach Berechnungen der schwedischen SIPRI-Forscher die Regierungen dieser Welt im Jahr 2011 für Rüstung ausgegeben.

Das sind 1.700 Milliarden Dollar und entspricht 2,5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts oder 249 US-Dollar pro Erdbewohner.

Erstmals seit 1998 sind die Rüstungsausgaben weltweit gegenüber dem Vorjahr kaum gestiegen. Die wichtigste Ursache sehen die SIPRI-Forscher in neuen wirtschaftspolitischen Strategien, welche die meisten westlichen Länder seit 2008 als Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise verfolgen. Auf Deutsch: Die rasant gestiegenen Haushaltsdefizite mussten reduziert werden, das hat auch das Militär zu spüren bekommen..

Deutschland stand 2012 wie schon in den Vorjahren an dritter Stelle der Rüstungsexportländer. Nach den USA und Russland. Das darf doch nicht wahr sein, liebe Freundinnen und Freunde.

Für die Menschen tun sie nix, bei der Rüstung sind sie fix.

Wir wollen nicht, dass das so weitergeht.

Denn ein Bruchteil der 1,7 Billionen Dollar würde ausreichen, die wichtigsten Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu erreichen: Die Halbierung der Armut, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Wasser, mit Gesundheitsdiensten und mit Bildung.

Aber die Perversion der Aufrüster hat System. Es ist das System der Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich.

Das ist nicht nur an dem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung klar erkennbar. Auch wenn die Sozialschmarotzerpartei FDP dafür gesorgt hat, dass der Bericht an einigen Stellen umgelogen wurde, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen hatten: Deutschland ist über 20 Jahre nach dem Mauerfall immer noch oder wieder ein zutiefst gespaltenes Land. Die Grenze verläuft aber nicht mehr an der Elbe, sondern zwischen oben und unten, liebe Freundinnen und Freunde!

Das müssen wir ändern. Dieses System müssen wir durchbrechen. Das sage ich als Gewerkschafterin. Das sage ich aber auch als Friedensfreundin. Denn diese Ungerechtigkeit in der Welt ist eine Hauptursache für kriegerische Auseinandersetzungen.

In Deutschland sind übrigens die Rüstungsausgaben seit dem Ende des kalten Krieges gesunken – in Relation zur Wirtschaftskraft (BIP). Allerdings: Der Wehretat 2013 soll - im Gegensatz zur angekündigten Senkung - um 1,39 Milliarden auf 33,26 Milliarden Euro ansteigen. Die direkten Ausgaben für die Bundeswehr sind seit 2000 um über 40 Prozent angestiegen. Die Verkleinerung der Bundeswehr macht sich zwar bemerkbar, ihr weltweiter Einsatz erfordert aber zusätzliche Mittel.

Und auch die Lobby der Waffenhändler macht sich um so lauter bemerkbar. Sie drängt immer unverhohlener auf eine Liberalisierung der Waffenexporte, um weiter bombige Geschäfte und Gewinne zu machen. Und die Bundesregierung gibt diesem Drängen immer häufiger nach.

Längst werden die formal strengen Rüstungsexportrichtlinien durch eine laxen Praxis unterlaufen. So hat sich Schwarz-Gelb darauf geeinigt, Rüstungsexporte künftig weniger restriktiv zu handhaben. Ihr Argument: Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Staaten sind abzubauen und Arbeitsplätze zu sichern.

Natürlich haben wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nichts dagegen, wenn Arbeitsplätze gesichert werden. Im Gegenteil, dafür kämpfen wir täglich. Aber wir haben was dagegen, wenn das Arbeitsplatz-Argument dazu missbraucht wird, Rüstung und Rüstungsgeschäfte zu rechtfertigen.

Ich weiß: Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben, viele von ihnen Mitglieder der IG Metall, fürchten sinkende Rüstungsausgaben und -aufträge. Nicht weil sie Krieg wollen. Sie haben schlicht Angst um ihre Arbeitsplätze und Einkommen, mit denen sie sich und ihre Familien über Wasser halten.

Das kann ich verstehen. Und wir wären eine schlechte Gewerkschaft, wenn uns das Schicksal der Beschäftigten kalt ließe.

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, das lässt uns nicht kalt. Das hat uns schon bei anderen Struktur-Umbrüchen nicht kalt gelassen.

Wir brauchen die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion. Wir können und wollen nicht darüber hinwegsehen, dass es sowohl kontrollierte Waffenexporte als auch unkontrollierte Waffenschieberei in Krisengebiete gibt.

Täglich fordern Waffenlieferungen ihre Opfer. Wo es viel Waffen und Munition gibt, werden Konflikte und Bürgerkriege angeheizt. Bewaffnete Banden terrorisieren die Bevölkerung. Menschen werden verstümmelt, weil sie auf Minen treten.

Rüstung tötet, auch im Frieden. Dieses Motto der Friedensbewegung gilt nach wie vor. Die Exporte von Waffen und ihre unkontrollierte Weitergabe tragen weltweit dazu bei, dass Menschenrechte verletzt und Kriege geführt werden. Sie halten eine Todesspirale in Gang.

Diese Spirale wollen wir alle durchbrechen. Auch die IG Metall will das, Kolleginnen und Kollegen. Wir haben auf unserem letzten Gewerkschaftstag im November 2011 einen Beschluss gefasst, der an Deutlichkeit nichts vermissen lässt.

Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Rüstungsausgaben deutlich zu senken. Sie wird weiter aufgefordert, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung von Kriegen oder kriegsähnlichen Handlungen zu unterlassen oder zu beenden. Sie soll den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus allen Kampfgebieten vollziehen.

Bundeswehr raus aus Afghanistan, Hände weg von Syrien, Hände weg von einem Waffengang gegen den Iran. Das haben wir einstimmig beschlossen.

Es hat ja auch Initiativen der IG Metall und von betrieblichen Kolleginnen und Kollegen aus Rüstungsbetrieben gegeben, von militärischer auf zivile Produktion umzuschalten. Es gibt sie immer noch. Und sie können Erfolge vorweisen.

Zum Beispiel unsere Kollegen aus dem militärischen Schiffbau. Sie haben früh erkannt, dass sie ihr Know-how auch dafür nutzen können, auf dem Meer Windkraftträder zu bauen. Das ist, wie wir wissen, mittlerweile ein Zukunftsprojekt im Rahmen der Energiewende.

Aber solange die Politik die Scheunentore für den Rüstungsexport weit offen lässt und die Rüstungskonzerne bombig verdienen, haben solche Initiativen wenig Chancen.

Rüstungsexporte machen weniger als ein Prozent aller auf dem Weltmarkt verkauften Güter aus Deutschland aus. Rund 80.000 Menschen arbeiten in Betrieben der Rüstungsindustrie. Da sollten wir keine Angst vor Umstrukturierung haben. Da haben wir schon viel härtere Brocken bewegt.

Im Übrigen behaupte ich: Auch die Metallerinnen und Metaller, die heute noch Waffen oder anderes militärisches Gerät bauen, würden lieber heute als morgen zivile Güter herstellen.

Ich sage aber auch: Dieser Weg hin zu Konversion und zu zivilen statt militärischen Gütern kann nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie entwickelt werden. Dazu gehört zu allererst: Die Politik muss Rüstungsexporten enge Grenzen setzen.

Ich fordere daher die Bundesregierung auf, ihre undurchsichtige Genehmigungspraxis für Rüstungsexporte transparenter zu machen. Ich fordere sie weiter auf, das Parlament endlich bei Entscheidungen über Waffenexporte einzubeziehen statt in Geheimgremien entscheiden zu lassen.

Deutsche Rüstungsexporte müssen - das ist das Mindeste - endlich eine verbindliche Menschenrechtsklausel erhalten. Am besten jedoch wäre es, wenn in keinem Land dieser Welt Tod und Leid als Meister aus Deutschland auftreten würden. Wenn die Produktion von Waffen verboten und ihr Export damit ausgetrocknet würde.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin überzeugt: Wir können die Probleme, die es auf unserer Erde gibt, zivil lösen. Dafür müssen wir das Militärische stoppen, und zwar überall! In den Köpfen, auch in unseren eigenen. In den Medien, die sich allzu leichtfertig für militärische Interessen instrumentalisieren lassen. Schließlich in der Politik.

Hierfür sind wir auch heute wieder auf die Straße gegangen. Und wir werden wieder auf die Straße gehen. Frieden ist zu wichtig für die Menschheit, um ihn allein den Politikern zu überlassen.

Wir werden auch am 1. Mai wieder auf diesem Platz stehen. Ich hoffe, mit noch viel mehr Menschen. Denn das ist nicht nur der traditionelle Tag der Arbeit, zu dem die Gewerkschaften aufrufen. Für diesen 1. Mai haben sich in Frankfurt auch die Neonazis angekündigt. Provokativ versuchen sie unter der Parole „nationaler Solidarität“ die Begriffe und Aktionen der Arbeiterbewegung umzumünzen und zu missbrauchen. Wir lassen uns nicht provozieren, aber wir nehmen dies auch nicht einfach hin. Wir werden uns hoffentlich zu Tausenden in zivilem Widerstand gegen den Naziaufmarsch stellen.

Keinen Fußbreit den Faschisten, liebe Freundinnen und Freunde, weder am 1. Mai noch an irgendeinem anderen Tag im Jahr!

Ich appelliere hier an dieser Stelle an die verantwortlichen Stellen, den Neonaziaufmarsch zu verbieten! Die NPD muss endlich verboten werden! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg - das gilt auch heute noch!